
**NIEDERSCHRIFT
über die 28. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung
der Gemeinde Fränkisch-Crumbach (Wahlperiode 2016-2021)
am 28. Juni 2019**

Als stimmberechtigte Gemeindevertreter waren anwesend:

SPD-Fraktion:	CDU-Fraktion:	FDP-Fraktion:
1. Patrick Eckert (Vors.)	1. Gabriel Frank	1. Joachim Eichner (Fraktionsv.)
2. Elke Herich	2. Horst Habermehl	
3. Klaus Horlacher	3. Peter Kaffenberger	
4. Silke Oldendorf	4. Florian Leißler	
5. Klaus Plößler	5. Michelle Marquardt	
6. Hanne Schirmer	6. Helga Schimpf-Ruhland	
7. Anette Vogel	7. Klaus Schürger	
8. Sonny Wießmann	8. Barbara Weber	
	9. Walter Weidmann	
	10. Thomas Wörner (stellv. Fraktionsv.)	

Somit waren 19 stimmberechtigte Gemeindevertreter anwesend.

Es fehlten entschuldigt:

- Andreas Engel (Fraktionsvors.)
- Matthias Horlacher
- Cécile Pierson
- Sven Hehner

Vom Gemeindevorstand waren anwesend:

- Bürgermeister Eric Engels
- Beigeordneter Harald Schiefnetter
- Beigeordneter Thomas Wießmann

Die Sitzung begann um 20:00 Uhr und war um 22:30 Uhr beendet.

Die Gemeindevertretung wurde durch Einladung des Vorsitzenden vom 17.06.2019 unter Mitteilung der Tagesordnung, der Stunde und des Ortes zu einer Sitzung einberufen. Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung wurden öffentlich bekannt gegeben.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung Patrick Eckert eröffnete die Sitzung und stellte sowohl die Beschlussfähigkeit als auch die ordnungsgemäß ergangene Einladung unter Bekanntgabe der Tagesordnung fest. Die Verhandlung fand in öffentlicher Sitzung statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung heißt der Vorsitzende Herrn Horst Habermehl willkommen, der als Nachrücker für den ausgeschiedenen Jochen Sauer der Gemeindevertretung angehört.

Über die Beratung der Gegenstände der Tagesordnung wurde folgende Niederschrift gefertigt.

TOP 223 Genehmigung der Niederschrift über die 26. Sitzung der Gemeindevertretung vom 17.05.2019

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
Einstimmig	-	-

Damit ist die Niederschrift über die 26. Sitzung der Gemeindevertretung vom 08.02.2019 genehmigt.

TOP 224 Genehmigung der Niederschrift über die 27. Sitzung der Gemeindevertretung vom 29.05.2019**Abstimmungsergebnis**

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
Einstimmig	-	-

Damit ist die Niederschrift über die 27. Sitzung der Gemeindevertretung vom 08.02.2019 genehmigt.

TOP 225 Berichte aus den Verbänden

Bürgermeister Engels berichtet über die Verbandsversammlung der ekom21/KGRZ Hessen vom 18.06.2019 in Wölfersheim, bei der u.a. der Jahresabschluss 2018, die Bestellung neuer Rechnungsprüfer und der Beteiligungsbericht auf der Tagesordnung standen.

TOP 226 Bericht des Gemeindevorstandes

Zunächst heißt Bürgermeister Engels auch im Namen des Gemeindevorstandes den nachgerückten Gemeindevertreter Horst Habermehl willkommen. Anschließend überreicht er an einige ehrenamtliche Wahlhelfer der Europawahl die Urkunden des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat.

Anschließend informiert Bürgermeister Engels die Gemeindevertretung über folgende Punkte u.a. aus Sitzungen des Gemeindevorstandes nach dem 07.05.2019:

1. In Anlehnung an die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Zentrum Gemeinschaftshilfe (TOP 217 am 17.05.19) wurden für den Stiftungsrat der Pflegestiftung Odenwald als Vertreterin Helga Schimpf-Ruhland (CDU) und als Stellvertreterin Barbara Weber (CDU) bestimmt.
2. Der Gemeindevorstand hat die sachliche Beitragspflicht bei der grundhaften Erneuerung der Darmstädter Straße (TOP 136 am 21.03.17) festgestellt und die Verwaltung mit der Erhebung der Anliegerbeiträge beauftragt. Gleichzeitig hat der Gemeindevorstand die Fa. Allevo Kommunalberatung gemäß Angebot vom 07.05.2019 mit der Berechnung des Beitragssatzes und der Abrechnung der einmaligen Straßenbeiträge für die Darmstädter Straße zum Bruttoangebotspreis in Höhe von 2.023,00 € (Berechnung nach Aufwand) beauftragt.
3. Um eine höhere Stromkapazität für die Stände am Muschelfest und Weihnachtsmarkt zu erreichen, hat der Gemeindevorstand die Anschaffung und Montage einer zusätzlichen Zähleranschluss-Säule in der Darmstädter Straße beschlossen. Ein entsprechendes Angebot einer ortansässigen Firma beläuft sich auf rund 3.900 € zzgl. Kosten für Lieferung und Montage. Der Wirtschafts- und Verkehrsverein trägt 50 % der Kosten. Für die Gemeinde würden demnach Kosten von 2 - 3 T€ entstehen. Da diese Anschaffung den Produktbereich 15 (Wirtschaft und Tourismus) betrifft, für den im Haushaltsplan 2019 keine Investitionen vorgesehen sind, handelt es sich um eine außerplanmäßige Auszahlung, die gemäß § 100 HGO in Verbindung mit der Budgetierungsrichtlinie der Gemeinde mit dem Jahresabschluss von der Gemeindevertretung zu beschließen ist.
4. Das gemeindeeigene Spülmobil ist defekt. Für bisherige Reparaturversuche sind rund 380 € an Kosten entstanden. Die Anschaffung einer neuen Spülmaschine würde rd. 3 T€ kosten. Die Frage, ob die Gemeinde ein Spülmobil braucht, wird anlässlich der diesjährigen Konferenz mit den Vereinsvorsitzenden thematisiert.
5. Für die diesjährigen Ferienspiele wurde von Frau Heike Breid ehrenamtlich ein Programm organisiert. Auf die Erhebung von Teilnahmebeträgen wird in diesem Jahr verzichtet. Die Anmeldung zu den Aktivitäten erfolgt ausschließlich über die Homepage der Gemeinde. Ab Sonntag, 30.06.2019, 10:00 Uhr sind die Online-Anmeldungen möglich.

6. Im kommenden Schuljahr gibt es einige Änderungen in der Ganztagsbetreuung an der Rodensteinschule. Die bisherige Leiterin der Ganztagsbetreuung hat zum 30.09.2019 gekündigt, voraussichtlich ab 01.08.2019 wird ein/e Nachfolger/in eingestellt. Durch diese Neubesetzung und auch einer neuen Eingruppierung des Betreuungspersonals kommt es zu Änderungen der Personalkosten. Diese werden erst in den nächsten Wochen festgelegt, daher ist zurzeit eine Berechnung der Betreuungskosten nicht möglich. Rechtzeitig zum 2. Schulhalbjahr, wenn die Personalkosten feststehen, wird überprüft, ob die Tagespauschale von 25 Euro beibehalten werden kann oder evtl. erhöht werden muss. Die Firma REAS Service GmbH, der Essenslieferant, erhöht ab 01.07.2019 die Preise. Um die Elternbeiträge für das Mittagessen nicht erhöhen zu müssen, wird das Essen ab dem 01.07.2019 von der Firma AGO Service & Vertriebs GmbH geliefert. Das Essen wird im Haus Rodenstein in Fränkisch-Crumbach kindgerecht gekocht und ohne Transportaufwand für 3,70 € netto/pro Essen geliefert.
7. Ab dem 01.07.2019 wird sich der Stundensatz für den Fremdeinsatz von Gemeindearbeitern von 42,80 € auf 49,61 € erhöhen.
8. Über die Sommerpause soll im Gemeindevorstand ein Strategiepapier zur baulichen Entwicklung der Gemeinde entstehen, hierbei sollen die Wohn- und Gewerbegebiete (TOP 204 am 08.02.19), die Gemeindehäuser in der Friedhofstraße (TOP 364 am 06.02.15) und ein potenzielles interkommunales Gewerbegebiet „Lückäcker“ in Brensbach (zuletzt TOP 208.2 am 08.03.19) berücksichtigt werden.
9. Die für öffentliche Anlagen der Gemeinde übernommenen Patenschaften sollen auf der Homepage der Gemeinde dargestellt werden (SKS TOP 23 am 03.12.18). Hierzu soll der bestehende Arbeitskreis eingebunden werden.

Auf die Nachfrage von Klaus Plößer, wie es mit der örtlichen Hausarztpraxis weitergehe, berichtet Bürgermeister Engels, dass er weitere Gespräche mit allen Beteiligten geführt und man ihn um Vermittlung bei den Verhandlungen gebeten habe. Die Angelegenheit sei entgegen mancher Mutmaßungen auf einem guten Weg, die Entscheidung liege letztlich aber nicht bei der Gemeinde, sondern bei den privatrechtlichen Partnern. Bei einem Leitungstreffen im Sozialministerium sei unterdessen vereinbart worden, dass der Antrag der Gemeinde auf Investitionsförderung (TOP 221 am 17.05.19) bewilligt werde. Für diesen und für einen eigenen Investitionszuschuss der Gemeinde würden mit dem Nachtragshaushalt in dieser Sitzung die haushalterischen Voraussetzungen geschaffen.

TOP 227 Vertreterinnen oder Vertreter und Stellvertreterinnen oder Stellvertreter für die Wasser- und Bodenverbände gem. § 5 a HWVG

Durch das Niederlegen wahrgenommener Ämter des Gemeindevertreters Klaus Schürger sind diese neu zu besetzen.

**227.1 Wahl einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters für die
Verbandsversammlung des Wasserverbandes Gersprenzgebiet
(Mehrheitswahl)**

Thomas Wörner gibt den gemeinsamen Vorschlag der CDU- und FDP-Fraktion bekannt, der vorsieht, Barbara Weber als Stellvertreterin für die Verbandversammlung des Wasserverbandes Gersprenzgebiet zu wählen.

Beschluss

*Die Gemeindevertretung wählt Barbara Weber als Stellvertreterin in die
Verbandsversammlung des Wasserverbandes Gersprenzgebiet.*

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
18	-	1

227.2 Wahl einer Vertreterin oder eines Vertreters für die Verbandversammlung des Abwasserverbandes Obere Gersprenz (Verhältnisswahl)

Thomas Wörner gibt den gemeinsamen Vorschlag der CDU- und FDP-Fraktion bekannt, der vorsieht, Walter Weidmann als Vertreter für die Verbandversammlung des Abwasserverbandes Obere Gersprenz zu wählen.

Beschluss

Die Gemeindevertretung wählt Walter Weidmann als Vertreter in die Verbandversammlung des Abwasserverbandes Obere Gersprenz.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
18	-	1

Zum nächsten TOP wird Patrick Eckert die Stellungnahme für die SPD-Fraktion abgeben. Um die Rolle des Vorsitzenden neutral zu halten, übergibt er daher den Vorsitz für TOP 228 an seinen Stellvertreter Walter Weidmann.

TOP 228 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2019 der Gemeinde Fränkisch-Crumbach; Beratung und empfehlende Beschlussfassung gemäß § 98 HGO

Der Gemeindevorstand hat am 28.05.19 den Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2019 gemäß § 97 Abs. 1 HGO festgestellt und an die Gemeindevertretung überweisen. Die Einbringung erfolgte am 29.05.2019, die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss am 05.06.2019. Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Joachim Eichner berichtet, dass in dieser Sitzung weder eine Mehrheit für den Entwurf des Gemeindevorstandes noch für den Antrag der SPD-Fraktion zustande kam. Der Haupt- und Finanzausschuss konnte keine empfehlenden Beschlussfassungen abgeben.

Auf Antrag von Klaus Schürger wird die Sitzung von 20:50 Uhr bis 21:00 Uhr unterbrochen.

Nach der Sitzungsunterbrechung folgen die Stellungnahmen der Fraktionen. Klaus Schürger thematisiert noch einmal das bereits im Haupt- und Finanzausschuss angesprochene Konnexitätsprinzip, das hier eigentlich greifen müsse, die Frage nach einer Aussicht auf eine erfolgreichen Klage vom Hessischen Städte- und Gemeindebund aber als nicht gegeben angesehen werde.

Anschließend stellt Klaus Schürger für die CDU-Fraktion den mündlichen Änderungsantrag (§ 11 Abs. 6 GO), die Kreditaufnahme auf einen Betrag von 450.000 € festzusetzen, wobei in dieser Summe die 25.000 € für den Zuschuss zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung enthalten seien.

Patrick Eckert wirbt noch einmal für den zum Nachtragshaushalt von der SPD-Fraktion gestellten Änderungsantrag vom 14.06.2019, wonach der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahmen zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

erforderlich ist, gegenüber der bisherigen Festsetzung von 38.000 € um maximal 225.000 € erhöht und damit auf 263.000 € festgesetzt werden solle. Mit dieser Summe sollten sowohl die zu erwartenden Stundungsanträge für die Straßenbeiträge der Darmstädter Straße als auch der Zuschuss für die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung abgedeckt sein.

Joachim Eichner erläutert, dass die FPD-Fraktion, wie schon in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses angedeutet, ein Signal in der Form an die Landesregierung geben wolle, keinen Nachtrag zu beschließen.

Um eine Änderung des Entwurfs der 1. Nachtragshaushaltssatzung und des 1. Nachtrags- haushaltsplans beschließen zu können, ist es zunächst notwendig, über die nunmehr vorliegenden drei Varianten zur Höhe der Darlehensaufnahme abzustimmen. Es werden daher folgende Unterpunkte in die Tagesordnung aufgenommen:

TOP 228.5 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2019 auf Reduzierung der Kreditaufnahme auf 263.000 €

TOP 228.6 Entwurf des Gemeindevorstandes, der mit dem 1. Nachtrag 2019 eine Kreditaufnahme von 839.000 € vorsieht

TOP 228.7 Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf Reduzierung der Kreditaufnahme auf 450.000 €

Als TOP 228.9 folgt der Beschluss über die Höhe der Kreditaufnahme und die Feststellung aller Anpassungen am vorliegenden Haushaltsentwurf, um sodann über dessen resultierende Fassung abstimmen zu können.

Alle diese Unterpunkte werden vor TOP 228.1 behandelt.

228.5 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2019 auf Reduzierung der Kreditaufnahme auf 263.000 €

Beschluss

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 38.000 € um maximal 225.000 € erhöht und damit auf 263.000 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
8	11	-

Damit ist der Antrag abgelehnt.

228.6 Entwurf des Gemeindevorstandes, der mit dem 1. Nachtrag eine Kreditaufnahme von 839.000 € vorsieht

Beschluss

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 38.000 € um 801.000 € erhöht und damit auf 839.000 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
-	19	-

Damit ist der Entwurf des Gemeindevorstandes abgelehnt.

228.7 Mündlicher Antrag der CDU-Fraktion auf Reduzierung der Kreditaufnahme auf 450.000 €

Beschluss

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 38.000 € um 412.000 € erhöht und damit auf 450.000 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
10	9	-

Damit ist der Antrag angenommen.

228.9 Höhe der Kreditaufnahme

Beschluss

Die im Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes 2019 vorgesehene Erhöhung der Kreditaufnahme wird geändert. Gegenüber der bisherigen Festsetzung im Kernhaushalt 2019 in Höhe von 38.000 € wird der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich ist, um 412.000 € erhöht und damit auf 450.000 € festgesetzt. Vorbericht und Mittelfristplanung werden entsprechend angepasst.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
10	9	-

Damit ist eine Darlehensermächtigung in Höhe von 450.000 € beschlossen.

228.1 Gesamtergebnishaushalt

Beschluss

Die Gemeindevertretung beschließt den Gesamtergebnishaushalt des 1. Nachtragshaushalts 2019, der gegenüber dem Kernhaushalt unverändert Erträge in Höhe von 6.549.061 € und Aufwendungen in Höhe von 6.504.315 € und somit einen Überschuss von 44.746 € ausweist.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
Einstimmig (19)	-	-

228.2 Gesamtfinanzhaushalt

Beschluss

Die Gemeindevertretung beschließt den Gesamtfinanzhaushalt des 1. Nachtragshaushalts 2019 mit der unter TOP 228.9 beschlossenen Reduzierung des Gesamtbetrages der Kredite auf 450.000 €.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
10	9	-

228.3 Investitionsprogramm**Beschluss**

Die Gemeindevertretung beschließt das Investitionsprogramm, das mit dem 1. Nachtragshaushalt 2019 Investitionen in Höhe von 145.000 € vorsieht.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
Einstimmig (19)	-	-

228.4 Haushaltssatzung**Beschluss**

Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung des 1. Nachtragshaushalts 2019 mit der unter TOP 228.9 beschlossenen Reduzierung des Gesamtbetrages der Kredite auf 450.000 €.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
10	9	-

Ab TOP 229 übernimmt Patrick Eckert wieder den Vorsitz.

TOP 229 Teilnahme am Förderprogramm des BMI „Smart Cities made in Germany“

Die Bürgermeister-Kreisversammlung hat befürwortet, dass sich der Landkreis als federführender Antragsteller gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen für das Förderprogramm „Smart Cities made in Germany“ bewerben möge. Hierzu erfolgte am 25.04.2019 eine vorläufige Zusage des Gemeindevorstands an das Landratsamt. Der Kreistag des Odenwaldkreises hat die Teilnahme des Landkreises am 17.06.19 einstimmig beschlossen. Verwaltungsseitig wird empfohlen, sich an dem Förderprojekt zu beteiligen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund künftiger Pflichten aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG). Die Gemeinde hat in diesem Umfeld schon vielfältige Erfahrungen gesammelt, u.a. in Zusammenhang mit dem Relaunch ihres Internet-Auftritts und verwaltungsinternen Prozessen, die sie in dieses Projekt einbringen könnte (Umsetzung INSPIRE-Richtlinie u.a.m.). Die Förderquote liegt zwischen 65 und 90 %. Der Eigenanteil der Kommunen würde nach Einwohnerschlüssel zwischen 6 und 20 Cent pro Einwohner und Jahr betragen und wäre somit vernachlässigbar.

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung beschließt, sich gemeinsam mit dem Odenwaldkreis und weiteren kreisangehörigen Kommunen um eine Teilnahme am Förderprogramm des BMI „Smart Cities made in Germany“ zu bewerben, sich an gemeinschaftlichen Projekten zu beteiligen und die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
18	-	1

TOP 230 Antrag der SPD-Fraktion, eingegangen am 14.06.2019, auf Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge

Klaus Horlacher erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und bittet um Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss. Wegen § 11 Abs. 4 Satz 1 GO i.V.m. § 21 Abs. 7 GO wird auf eine Abstimmung verzichtet.

Ein entsprechender Sitzungstermin des Ausschusses wird nach der Sommerpause stattfinden.

TOP 231 Antrag der SPD-Fraktion, eingegangen am 14.06.2019, auf Verabschiedung einer Resolution an die Landesregierung zur Finanzierungssicherheit von Straßenbeiträgen

Sonny Wießmann erläutert den Antrag der SPD-Fraktion auf Verabschiedung einer Resolution an die Landesregierung mit dem Ziel eine Finanzierungssicherheit bei der Umsetzung der neuen Gesetze zur Stundung der Straßenbeiträge zu schaffen.

Zum Entwurf dieser Resolution legt die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag vor mit Ergänzungen und Korrekturen, die allen Sitzungsteilnehmern als Tischvorlage zur Verfügung gestellt werden. Walter Weidmann erläutert für die CDU-Fraktion diese Änderungen und Korrekturen.

Beschluss

Die Gemeindevertretung verabschiedet die Resolution an die Landesregierung zur Finanzierungssicherheit von Straßenbeiträgen. Der Entwurf der SPD-Fraktion wird gemäß des Änderungsantrags der CDU-Fraktion korrigiert bzw. ergänzt. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Resolution auszufertigen und an den Empfängerkreis weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
18	-	1

TOP 232 Anfragen

1. Die mündliche Anfrage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.06.19 (TOP 37) nach der Anwendbarkeit des Konnexitätsprinzips aus Art. 137 Abs. 6 HV auf die Stundungsregelung für einmalige Straßenbeiträge in § 11 KAG wurde vom Gemeindevorstand nach Schriftwechsel mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund schriftlich beantwortet.
2. Auf die Frage von Joachim Eichner nach der Personalsituation im Freibad verweist Bürgermeister Engels auf die Zuständigkeit des Gemeindevorstands, der am kommenden Dienstag darüber beraten werde.
3. Klaus Plößler fragt nach einer Routineprüfung der Gewerbeaufsicht im Freibad-Kiosk wegen Pächterwechsels. Über den Betriebsleiter Freibad wird das Ergebnis in Erfahrung gebracht.
4. Eine Nachfrage von Joachim Eichner, wie die EichenprozeSSIONsspinner im Freibad bekämpft werden, wird schriftlich beantwortet.

Fränkisch-Crumbach, den 01.07.2019

Der Vorsitzende:

Schriftführerin:

Eckert

Fuhrmann